



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

13. 9. 61

KOLN-Bayenthal, den
Bayenthalbüchel 15
Telephon 38 14 41

11. September 1961

13.9	14.9					ö/d
12	11					14.9
A. B. W. 1. 3.						15.9

Ref.: G.41.04. - HA/sch

Berlinkrise und UN

Abteilung für
Politische Angelegenheiten
des Eidg. Politischen Departements

B e r n

Herr Minister,

Schon wiederholt ist, zunächst nur zaghaft, der Gedanke der Einschaltung der UN in den West-Ost-Konflikt um Berlin aufgetaucht. Neuerdings hat in diesem Zusammenhang eine neue Idee die Aufmerksamkeit auf sich gezogen, nämlich der Plan der Versetzung des UN-Sitzes nach Berlin. Dieser Tage wurde dieses Projekt sogar vom Vorsitzenden der FDP, Mende, propagiert. Die Sache hat insofern Auftrieb erhalten, als Chruschtschow vor ca. zwei Wochen in einem Interview den Gedanken als interessant bezeichnet hat. Wie kürzlich der Radiokommentator Bender im Westdeutschen Rundfunk ausführte, hätte das Projekt der Verlegung des UN-Sitzes nach Berlin verschiedene Vorteile.

Er geht davon aus, dass vom Westen her gesehen die sicherste Garantie für Westberlin im unmittelbaren Engagement der Westmächte in der Stadt, in der physischen Anwesenheit ihrer Truppen bestehe. Gerade diese Anwesenheit aber lasse Berlin zu einem Druckmittel für Chruschtschow werden. Der Gedanke, dass man eine Autorität sucht, die der sowjetische Regierungschef nicht erpressen könne, deren unmittelbares Engagement aber Berlins Sicherheit garantieren würde, liege deshalb nahe. Bei der Tendenz, Rücksicht gegenüber der Weltöffentlichkeit unter ihrer Organisation zu suchen, wäre Moskau zu einer gewissen Reserve gegenüber dem UN-Sitz an der Spree verpflichtet. Selbst im äussersten Fall einer Sprengung der Vereinten Nationen wäre nach Ansicht Benders deren Sitz kaum schlechter gesichert als jetzt. Als Sitz der



- 2 -

UN bekäme Berlin wieder eine Zukunft..Als Platz von internationaler Bedeutung würde die an die westliche Peripherie gedrängte Stadt zu einem Anziehungs- und Sammlungspunkt eigener Kraft und vor allem wären die Verkehrswege nach allen Richtungen international garantiert. Die DDR-Zöllner wären an den Zufahrtswegen gezwungen, sich an international übliche Umgangsformen zu halten. Gleichzeitig würde Berlin wieder in den Stand gesetzt, seine Rolle als Ausstrahlungszentrum freiheitlicher Lebensart auf die Zone zu spielen, wenn auch in anderer Form als bisher. - Für Moskau hätte nach den Darlegungen des Kommentators diese Lösung den Reiz, das internationale Zentrum innerhalb seines Bereiches zu sehen. Dies gelte besonders, wenn damit die Respektierung seines unsichersten Satellitenregimes verbunden wäre. Berlin als Sitz der Vereinten Nationen würde die wichtigsten sowjetischen Wünsche erfüllen: Die Anerkennung der DDR und damit der Westgrenze des sowjetischen Imperium und die Umwandlung Berlins in eine "entmilitarisierte", "neutrale" Stadt. Die Westmächte, die trotz aller Agitation der Kommunisten von ihrer Schutzaufgabe nicht den geringsten Vorteil haben, würden von einer mühe- und verantwortungsvollen Pflicht und vor allem von der Gefahr befreit, an einem schwer zu verteidigenden Punkt jederzeit in eine schwierige Lage gebracht und an den Rand kriegerischer Verwicklungen gedrängt zu werden.

* der BR

Eine Lösung, wie sie hier erwähnt worden ist, würde naturgemäss das bisherige Wiedervereinigungskonzept* samt Hallstein-Doktrin usw. über den Haufen werfen. Die Bonner Regierung hat sich deshalb bisher diesem Gedanken gegenüber negativ verhalten. Immerhin wird in den offiziellen Formulierungen angedeutet, dass man notfalls die Einschaltung der UN in irgendeiner Form nicht ablehnen könnte.

Durchschlag dieses Schreibens geht zur Kenntnisnahme an Abteilung für Internationale Organisationen und an den Schweizerischen Beobachter bei den Vereinten Nationen.

Ich versichere Sie, Herr Minister, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

i.A.


Beilage:

1 Manuskript des WDR